



# MAGAZIN



Meinung

**EU-Atomwaffen: Brandgefährlich**

Thema

**Europa vor den Wahlen**

Reportage

**Philippinen: Zwischen den Fronten**

Im Gespräch

**Mit Kommunikation und Haltung  
gegen den Rechtsruck**

**Israel und Palästina im Klassenzimmer**

## Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Meinung

### Brandgefährliche Gedankenspiele

Zur Debatte über EU-Atomwaffen



6 Thema: Europa vor den Wahlen

10 Im Gespräch

### Kommunikation und Haltung gegen den Rechtsruck

Reinhard Mach, ehemaliger  
Bürgermeister von Ludwigslust



12 Friedenspolitik

14 Im Fokus

16 Reportage

### Zwischen den Fronten

Indigene in den Philippinen ringen  
um ihr Land und ihre Rechte



20 Im Gespräch

### „Das Leid ist gleichzeitig da“ Ein jüdisch-palästinensisches Duo bringt Israel und Palästina in die Klassenzimmer



22 Was uns Hoffnung macht

24 Rätsel & Rezept

26 Spenden

Gefördert durch finanzielle Mittel des Programms „Ziviler Friedensdienst“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie aus finanziellen Mitteln der Europäischen Union und der Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

**zfd** Ziviler Friedensdienst  
Wir scheuen keine Konflikte.

 Kofinanziert von der  
Europäischen Union

 Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

 Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen



## Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberater\*innen in Deutschland und zwölf weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis, 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung und 2022 den Versöhnungspreis der Klaus Jensen Stiftung.

### Impressum

Herausgeber: Forum Ziviler Friedensdienst e.V.,  
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln  
E-Mail: kontakt@forumZFD.de  
Internet: www.forumZFD.de  
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),  
Petra Gramer, Gabriel Risse, Hannah Sanders,  
Piet van Riesenbeck  
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de  
Lektorat: www.lektorat.koeln

Fotos ohne Angaben: © forumZFD  
Auflage: 5.200 Stück  
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Offset-Papier.



© Hendrik Hoßel

### Zum Titel

Gleich doppelt stark für den Frieden sind diese beiden Drittklässlerinnen von der Evangelischen Schule Charlottenburg, die Mitte April am 16. Berliner Friedenslauf teilnahmen. Insgesamt 3.600 Schüler\*innen von 29 Schulen gingen dieses Jahr am Brandenburger Tor an den Start.

Trotz eher kühlen Wetters war die Vorfriede auf den Lauf riesig. Um 11 Uhr waren die Kinder nicht mehr zu bremsen: Beim Startsignal musste sich Senatorin Katharina Günther-Wünsch mit einem Hechtsprung in Sicherheit bringen, um nicht von den begeisterten Kindern umgerannt zu werden.

Runde um Runde sammelten die jungen Läufer\*innen Spenden für die Arbeit des forumZFD. Etwas aus der Puste, aber stolz zählten sie am Schluss die zurückgelegten Kilometer. Für die Kinder der Evangelischen Schule Charlottenburg ist klar: Nächstes Jahr wollen sie wieder dabei sein!

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie diese Ausgabe in den Händen halten, ist der Europawahlkampf schon in vollem Gange. Wie nie zuvor bei einer Europawahl stehen Fragen von Sicherheit und Verteidigung im Zentrum. Was bleibt angesichts all der Aufrüstung von einer europäischen Friedenspolitik? Im Themenartikel ziehe ich eine Bilanz der letzten fünf Jahre und gebe einen vorsichtigen Ausblick auf das, was aus friedenspolitischer Sicht zukünftig zu erwarten ist.

Ein umstrittenes Thema, nicht nur in der EU, sondern auch vor den anstehenden Wahlen in mehreren ostdeutschen Bundesländern, ist der Umgang mit Flucht und Asyl. Wie kann vor Ort ein anderer Umgang mit dem Thema gelingen, der Bürger\*innen bei den Integrationsaufgaben mitnimmt? Das haben wir den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Ludwigslust gefragt.

Auch der Nahostkonflikt führt in Deutschland seit mehr als sechs Monaten zu hitzigen, oft unversöhnlichen Debatten. Wie kann ein konstruktiver Dialog über die Perspektiven gerade an Schulen gelingen? Darüber haben wir mit einem derzeit sehr gefragten jüdisch-palästinensischen Duo gesprochen.

Eine vorsichtig hoffnungsvolle Geschichte erreicht uns von der anderen Seite des Globus aus den Philippinen, wo ein wichtiger Friedensprozess vorankommt. Das Team des forumZFD im Land begleitet und unterstützt diesen Weg.

Eine gute Lektüre wünscht Ihnen



Christoph Bongard  
Leiter Kommunikation & Politik

# Starkes Engagement für Kommunen in Deutschland

**Friedensarbeit findet nicht nur im Ausland statt: Auch in Deutschland erleben wir gesellschaftliche Konflikte, die das friedliche Zusammenleben belasten – etwa bei Themen wie Integration und Teilhabe oder auch Struktur- und Klimawandel. Das forumZFD ist mit seinem Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung seit vielen Jahren einer der wichtigsten Akteure in diesem Feld. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisenerlebnisse ist diese Arbeit aktuell wichtiger denn je. Daher bauen wir unsere Aktivitäten im Programm „Kommune und Konflikt“ weiter aus.**

Wir haben in diesem Jahr bereits mehrere neue Beratungsprozesse gestartet – in so unterschiedlichen Kommunen wie Gelsenkirchen, Torgelow oder Berlin. Gemeinsam haben diese Kommunen, dass sie das Thema Integration als Chance für positive Veränderung begreifen möchten. Kommunale Konfliktberatung kann dabei unterstützen. Das forumZFD begleitet diesen Prozess für bis zu drei Jahre. Nähere Infos rund um diese Beratungsprozesse veröffentlichen wir bald auf unserer Webseite.



In Torgelow (l.) und Gelsenkirchen (r.) hat das forumZFD zuletzt neue Beratungsprozesse aufgenommen.



Neben dem Beratungsangebot konnten wir mit einem gewachsenen Team zudem weitere Maßnahmen entwickeln: Erstmals bieten wir in diesem Jahr eine Fortbildung für Konfliktkompetenz im kommunalen Raum an. Sie wird von unserer Akademie für Konflikttransformation durchgeführt und richtet sich an Menschen, die in deutschen Städten und Gemeinden arbeiten oder sich engagieren – egal ob in der Verwaltung, der Politik oder der Zivilgesellschaft. Damit wollen wir konflikt-sensibles Verhalten einem breiten Spektrum an Akteuren zugänglich machen.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Universität Augsburg setzen wir fort und nehmen im aktuellen Forschungsprojekt die Wirksamkeit der Kommunalen Konfliktberatung in den Blick. So entwickeln wir unsere Arbeit in deutschen Kommunen stetig weiter. Das forumZFD begegnet auf diese Weise den wachsenden Spannungen, die hierzulande oft zuerst auf kommunaler Ebene spürbar sind, und leistet seinen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Weitere Infos zu unseren Aktivitäten im Programm „Kommune & Konflikt“ finden Sie auf unserer Webseite unter: [www.forumzfd.de/kommuneundkonflikt](http://www.forumzfd.de/kommuneundkonflikt)



Protestaktion mit Bomben-Attrappen im Rahmen des Kirchlichen Aktionstages vor dem Fliegerhorst Büchel, dem einzigen Atomwaffenstützpunkt in Deutschland.

## Brandgefährliche Gedankenspiele Zur Debatte über EU-Atomwaffen

Von Simon Bödecker

**Nicht wenige Menschen in Deutschland werden sich verwundert die Augen gerieben haben: Angestoßen von Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) und weiter entfacht von SPD-Spitzenkandidatin Katarina Barley drehte sich eine der ersten Debatten im Europawahlkampf ausgerechnet um nukleare Aufrüstung. Von einer Teilhabe an den französischen Arsenalen bis hin zum „wandernden roten Knopf“ reichten die Ideen. Diesen fehlgeleiteten und brandgefährlichen Gedankenspielen muss entschieden widersprochen werden.**

EU-Atomwaffen wären ein klarer Völkerrechtsbruch! Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV), den alle EU-Staaten unterzeichnet haben, verbietet jede nukleare Neubewaffung.

Allein dass mit dem Gedanken gespielt wird, dagegen zu verstoßen, schadet dem wichtigen Vertrag ebenso wie der Glaubwürdigkeit der EU in der Welt. Schon jetzt stehen sich in Europa verschiedene Atommächte gegenüber, die alle aufrüsten. Die US-Atombomben in vier EU-Staaten sollen zudem durch neue B61-12 ersetzt werden. Selbst wenn man der „Logik“ des atomaren Gleichgewichtes folgen möchte, lässt sich nicht leugnen: Noch mehr Atomwaffen und Kommandostrukturen machen die Situation komplexer und lassen das Risiko eines Atomkrieges massiv steigen. Ob dieser dann bewusst, durch einen Unfall oder durch einen Irrtum beginnt, spielt am Ende keine Rolle mehr.

Atomwaffen bedrohen unsere Sicherheit allein durch ihre Existenz. Ein

Einsatz hätte schreckliche humanitäre Konsequenzen. Unabhängig von den Kriegen unserer Zeit muss daher klar sein: Eine Politik, die vollständige gegenseitige Vernichtung als Option in Kauf nimmt, wird niemals zu Frieden und Sicherheit führen! Angesichts der wachsenden Eskalationsgefahr sollte Europa jetzt auf einen seiner größten Trümpfe zurückgreifen – die Erfahrung aus einer wechselvollen Geschichte. Dazu gehört das Wissen, dass Entspannungspolitik und nukleare Rüstungskontrolle in den 1980er-Jahren eine Epoche gemeinsamer Sicherheit eingeleitet haben. Bei der Aushandlung des Iran-Abkommens (JCPOA) hat die EU-Diplomatie zudem ihr Koordinationsgeschick in Fragen der nuklearen Rüstungskontrolle unter Beweis gestellt.

2016 empfahl das Europaparlament allen Mitgliedstaaten, sich an den Verhandlungen über ein weltweites Atomwaffenverbot zu beteiligen. Inzwischen ist der UN-Atomwaffenverbotvertrag (AVV) in Kraft getreten. Es gilt nun, konkrete Schritte auf dem langen Weg zu einer atomwaffenfreien Welt zu unterstützen. An Möglichkeiten dazu mangelt es nicht: Die EU-Politik kann Initiativen für Abrüstung und Rüstungskontrolle starten. Oder darauf hinwirken, dass die Atomwaffenstaaten jeden Ersteinsatz ausschließen und negative Sicherheitsgarantien abgeben. Und sie sollte die wichtigen Initiativen zur Unterstützung von Betroffenen im Rahmen des AVV unterstützen. Mit jedem dieser Schritte kann sie deutlich mehr zu Frieden und Sicherheit beitragen als mit absurden Debatten über eigene Atomwaffen. ■

Simon Bödecker ist Referent für atomare Abrüstung bei Ohne Rüstung Leben e. V. Die Organisation ist Mitglied des forumZFD.



[www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024](http://www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024)

# Europa vor den Wahlen

## Wie steht es um das Friedensprojekt?

Von Christoph Bongard

**Vom 6. bis 9. Juni wählen die Bürger\*innen der EU ein neues Parlament. In friedenspolitischer Hinsicht stehen diese Wahlen unter keinen guten Vorzeichen. Fragen nach Verteidigung und Abschottung prägen die politische Debatte über Europa mehr denn je. Was ist geblieben von den Forderungen, die das forumZFD mit einem breiten, europaweiten Bündnis vor den letzten Wahlen im Jahr 2019 unter der Überschrift „Rettet das Friedensprojekt Europa“ formuliert hat? Wie steht es heute um das Friedensprojekt Europa? Und was ist von den bevorstehenden Wahlen zu erwarten?**



Zur letzten Wahl waren die europäischen Parteienbündnisse mit Spitzenkandidat\*innen angetreten – verbunden mit der Erwartung, der Gewinner oder die Gewinnerin würde die nächste EU-Kommission anführen. Schlussendlich setzten sich die Staats- und Regierungschefs darüber hinweg und entschieden sich für die damalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Diese kündigte schon bei ihrem Amtsantritt an, eine „geopolitische Kommission“ führen zu wollen.

Ihre Amtszeit war sowohl für die EU als auch global von großen Umbrüchen geprägt – um nicht zu sagen von Krisen und ‚Zeitenwenden‘: Covid-Pandemie, Russlands Krieg gegen die Ukraine und der Krieg in Nahost mit seinen globalen Auswirkungen. Schon während der Corona-Krise hat die EU unter Ländern des sogenannten Globalen Südens sehr viel Vertrauen verspielt und ihre Strahlkraft als Vorbildprojekt für Frieden, Demokratie und Menschenrechte eingebüßt. Allen Versprechen zum Trotz galt bei der Impfstoffproduktion nämlich Europa first, Rest der Welt second. Auf einen fairen, am Bedarf

orientierten Verteilungsmechanismus, beispielsweise über die Weltgesundheitsorganisation, wollte sie sich nicht einlassen.

Das sollte auch vermeintlichen Realpolitiker\*innen zu denken geben, denn es ist eben nicht ihre militärische – und auch nicht ausschließlich ihre wirtschaftliche Stärke, auf der die weltpolitische Rolle der EU und ihrer Mitglieder aufbaut. Es ist ihre kulturelle Anziehungskraft als Projekt, das seinen Bürger\*innen Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand verspricht. Während der Corona-Krise hat die EU einen Teil dieses kulturellen Kapitals verloren. Als Europa dann im Februar 2022 in der UN-Generalversammlung angesichts des russischen Angriffs auf die gesamte Ukraine die Solidarität der Weltgemeinschaft einforderte, kam die Quittung. Einige Länder verweigerten trotz massiven diplomatischen Drucks ihre Unterstützung – nicht ausschließlich, aber eben auch, weil sie selbst vorher von europäischer Seite unsolidarisches Handeln erfahren hatten.

### Aufrüstung auf Kosten von Frieden und Entwicklung

Die EU selbst setzt immer mehr darauf, ihre Interessen mithilfe von militärischem und wirtschaftlichem Druck durchzusetzen statt mit Diplomatie und Kooperation, geschweige denn ihre viel beschworenen Werte hochzuhalten. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat wiederholt gesagt, dass Europa „schnell lernen muss, die Sprache der Macht zu sprechen“. Diese Ausrichtung manifestiert sich in einer Reihe richtungsweisender Beschlüsse, wie etwa im „Strategischen Kompass“ der EU von 2022. Damit einher gehen umfangreiche Investitionen in Militär- und Verteidigungsausgaben in allen EU-Mitgliedstaaten. Die Militärausgaben in Mittel- und Westeuropa haben im Jahr 2022 zum ersten Mal das Niveau vom Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 überstiegen.

Das bleibt nicht ohne Folgen für andere Budgets. War die EU im letzten Jahrzehnt noch die drittgrößte finanzielle Unterstützerin für zivile Krisenprävention und Friedensförderung weltweit und damit eine sehr wichtige Förderin für viele Friedens- und Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt, so wurde diese Förderung schon mit dem aktuell gültigen siebenjährigen Haushalt der EU (2021–2027) um ein Drittel reduziert. Im Februar 2024 hat die EU die Mittel aus dem Budget für „Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Kooperation“ sogar nochmals gekürzt, um mehr Geld für Migrationsabwehr ausgeben zu können. In nahezu allen EU-Mitgliedstaaten ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Sie kürzen die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit angesichts der angespannten Haushaltslage und zugunsten massiver Investitionen in Militär.

### Geopolitik bestimmt zunehmend internationales Engagement

Es geht nicht nur darum, wie viel Geld in Zukunft in internationale Zusammenarbeit fließt, sondern auch, wofür genau es ausgegeben wird. Aus Sicht des forumZFD ist unabdingbar, dass die Förderung von Entwicklung, Frieden und Menschenrechten an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet wird und Projekte in echter Partnerschaft mit lokalen Akteuren umgesetzt werden. Dabei kommt der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu. Entsprechend kritisch ist ein Projekt zu sehen, das die EU-Kommission 2021 auf den Weg gebracht hat. Mit der „Global Gateway Initiative“ will sie 300 Milliarden Euro für große internationale Infrastrukturprojekte mobilisieren, um mit Chinas Seidenstraßenprojekt zu konkurrieren und sich als EU zu behaupten. Wenn Entwicklungsgelder vor allem in derartige geopolitisch inspirierte Projekte fließen, ist zu befürchten, dass sie kaum jenen zugutekommen, die Hilfe und Unterstützung am dringendsten brauchen. Im Gegenteil: Es gibt allzu viele Beispiele, wo gerade große Wirtschaftsvorhaben lokale Konflikte angeheizt haben, wenn für ihre Umsetzung Landnahme, Vertreibung oder Umweltzerstörung in Kauf genommen wurden.



Vor den letzten Europawahlen sammelte das forumZFD mehr als 23.000 Unterschriften mit einer Kampagne und übergab sie an die stellvertretende Parlamentspräsidentin Katarina Barley.



Unter der irreführenden Bezeichnung „Friedensfazilität“ richtete die EU 2021 einen neuen Topf zur Finanzierung von Waffenlieferungen und Militäreinsätzen ein.

Doch die EU beschränkt sich nicht länger auf derartige Projekte, um Regierungen auf ihre Seite zu ziehen oder zur Kooperation bei der Abwehr von Flüchtenden zu bewegen. Mit der sogenannten „Europäischen Friedensfazilität“ hat die EU seit 2021 einen neuen Topf geschaffen, um Waffenlieferungen und Militäreinsätze zu finanzieren. Ein Großteil der Gelder wurde seit 2022 für die Ukraine eingesetzt, doch auch andere Länder und Armeen werden daraus unterstützt. Das forumZFD hatte wiederholt vor den Risiken derartiger Militärhilfe für Menschenrechte gewarnt. Diese zeigten sich zuletzt in Niger, dessen Armee ebenfalls aus dem Topf unterstützt wurde, und die im Juli 2023 gegen die demokratische Regierung des Landes putschte.

Nach den EU-Wahlen ist eine Fortsetzung des beschriebenen Kurses in der Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU zu erwarten. Darauf deuten zumindest die Wahlprogramme der deutschen Parteien hin. CDU/CSU, SPD und Grüne setzen sich mit unterschiedlichen Akzenten für mehr militärische Fähigkeiten der EU und eine stärkere gemeinsame Verteidigungspolitik ein. SPD und Grüne betonen zugleich, Fähigkeiten für zivile Krisenprävention und Friedensförderung stärken zu wollen. Von den aktuell im Parlament vertretenen demokratischen Parteien spricht sich allein die Linke gegen eine stärkere gemeinsame Verteidigungspolitik der EU aus.

### Auf Abschottungskurs

Neben dem stärkeren Fokus auf geopolitische Interessen und Sicherheitspolitik ist Migrationspolitik das andere große Politikfeld, das aus Sicht des forumZFD deutliche Kritik fordert. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) verständigt, dem auch

das EU-Parlament am 12. April zugestimmt hat. Diese Reform setzt die bereits praktizierte Abschottungspolitik fort und wird die Situation von Geflüchteten, die Schutz in Europa suchen, nach Einschätzungen von Menschenrechtsorganisationen dramatisch verschlechtern.

In den geplanten Grenzverfahren unter Haftbedingungen soll zunächst eine sogenannte „Zulässigkeitsprüfung“ erfolgen. Selbst Familien mit Kindern werden von den verpflichtenden Grenzverfahren und der Inhaftierung nicht ausgenommen.

Asylanträge von Schutzsuchenden, die über angeblich „sichere Drittstaaten“ eingereist sind, werden dann gar nicht mehr inhaltlich geprüft. Die Kriterien, wann ein Staat als „sicher“ genug gilt, sollen dem Vorhaben zufolge massiv aufgeweicht werden. Zudem soll an den europäischen Außengrenzen weiter aufgerüstet werden und es sollen Grenzanlagen ausgebaut werden.

Als zentrale Säule der EU-Asyl- und Migrationspolitik hat sich zudem in den letzten Jahren die Auslagerung von Migrationskontrolle und -abwehr an Nicht-EU-Staaten etabliert. Die EU kooperiert eng mit Sicherheitskräften autoritärer Regime wie in Tunesien und Ägypten, die diese Kooperation auch dazu nutzen, ihre eigene Macht im Inneren durch den Einsatz von Gewalt zu stärken.

Die jüngste Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wurde von CDU/CSU, SPD und – wenn auch unter großem parteiinternem Protest – auch von den Grünen mitgetragen. In ihren Wahlprogrammen setzen die Parteien beim Thema Flucht und Asyl unterschiedliche Akzente, von der Bekämpfung „irregulärer Migration“ (CDU/CSU) bis zur Betonung des Rechts auf Asyl und dem Vorhaben, sichere Fluchtwege zu schaffen (SPD, Grüne, Linke). Menschenrechtsorganisationen fordern darüber hinaus beispielsweise eine europäische, zivile Seenotrettung.

### Lichtblick Klimapolitik?

Mit dem European Green Deal ist es der aktuellen EU-Kommission zumindest gelungen, klare Ziele für den Klimaschutz zu vereinbaren und entsprechende Projekte auf den Weg zu bringen. Hinter dem großen Thema kann man bei genauerem Hinsehen auch einige kleinere, aber umso konkretere Fortschritte für die Friedensförderung entdecken. Friedensarbeit wird bei den europäischen Antworten auf die Klimakrise mitgedacht und – so ist zu hoffen – auch stärker gefördert. Die Wechselwirkungen von Klimakrise und Konflikten werden inzwischen in konkreten Politikansätzen der EU reflektiert. Mehr und mehr Friedensorganisationen, darunter auch das forumZFD, arbeiten bereits an Konflikten im Kontext von Klimakrise und Umweltzerstörung. Es ist also wichtig,

dass die EU beim Thema Klimakrise die Friedensdimension mitdenkt und diese zivilen Ansätze unterstützt.

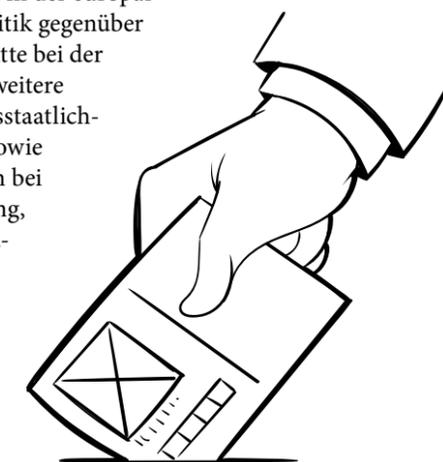
Der European Green Deal wird vor allem von rechtsnationalen und rechtsextremen Parteien scharf angegriffen. Es wird – auch aus friedenspolitischer Sicht – wichtig sein, dass die EU in Zukunft eine ambitionierte Klimapolitik macht.

### Warum Wählen so wichtig ist

Was werden die Abgeordneten des neuen EU-Parlaments, die wir am 9. Juni wählen, entscheiden? Worauf können wir also mit unserer Stimmabgabe konkret Einfluss nehmen? Die neue EU-Kommission kann ihr Amt nur mit Zustimmung der Parlamentsmitglieder antreten. Dann starten schon im nächsten Jahr die Verhandlungen über den nächsten, sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Die Abgeordneten können sich also dafür einsetzen, dass die EU wieder mehr Geld für Friedensförderung und Menschenrechte ausgibt und Mittel für eine ambitionierte Klimapolitik bereitstellt. Eine restriktive Rüstungsexportkontrolle wird in Zukunft wichtiger denn je, denn aktuell werden überall die Produktionskapazitäten erhöht. Damit die Waffen und Rüstungsgüter nicht für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden, kann das Parlament sich für strengere und verbindli-

chere europäische Rüstungsexportrichtlinien einsetzen. Abgeordnete können von der Exekutive – in diesem Fall ist das die Europäische Kommission – Informationen einfordern, um ihre Kontrollfunktion auszuüben. Damit können sie einen Beitrag zu Transparenz und Aufklärung leisten, zum Beispiel zu Fragen, welche fremden Armeen Militärhilfe erhalten.

Aktuelle Umfragen sagen voraus, dass vor allem rechtskonservative und rechtsextreme Parteien gestärkt ins neue Parlament einziehen. Damit drohen weitere Verschärfungen in der europäischen Abschottungspolitik gegenüber Flüchtenden, Rückschritte bei der Klimapolitik und eine weitere Schwächung von Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU sowie dramatische Kürzungen bei ziviler Friedensförderung, Entwicklung und humanitärer Hilfe. Das gilt es zu verhindern. Mit einer hohen Wahlbeteiligung kann der Rechtsruck noch am besten verhindert werden. ■



## Friedenspolitische Fragen zur Europawahl 2024

Gemeinsam mit anderen Organisationen haben wir die Wahlprüfsteine „Für ein friedensfähiges und solidarisches Europa“ herausgegeben. Darin finden Sie kurze Einführungen zu fünf Themen sowie dazugehörige Fragen. Wir ermutigen Sie, die Fragen beispielsweise im Rahmen von Wahlkampfveranstaltungen vor Ort an Ihre Kandidierenden zu richten.

Themen:

1. Friedensförderung und zivile Friedensmissionen ausbauen
2. Für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik
3. Die Beziehungen mit Ländern des Globalen Südens gerechter gestalten
4. Rüstungsprojekte und Rüstungsexporte begrenzen und kontrollieren
5. Rüstungskontrolle wiederbeleben und Atomwaffen abbauen

Wir haben die Parteien bereits zu ihren friedenspolitischen Positionen befragt. Die Antworten dokumentieren wir auf unserer Website, damit Sie sich vor der Wahl eine Meinung bilden können.

Die Wahlprüfsteine und weitere Beiträge zur Europawahl 2024 finden Sie auf unserer Website unter: [www.forumZFD.de/eu-wahl-2024](http://www.forumZFD.de/eu-wahl-2024)

Für ein friedensfähiges und solidarisches Europa

Wahlprüfsteine für die Europawahl 2024



# Mit Kommunikation und Haltung gegen den Rechtsruck

Interview mit dem ehemaligen Bürgermeister von Ludwigslust



© Stadt Ludwigslust

**Die Berichte über das „Potsdamer Geheimgespräch“ von AfD-Funktionär\*innen und anderen Rechtsextremen hat eine Welle von Empörung und Solidarität mit den migrantischen Communities in Deutschland ausgelöst. Dennoch scheinen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit derzeit zunehmend salonfähig zu werden – nicht nur, aber insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern.**

**Reinhard Mach war zwischen 2010 und 2024 Bürgermeister von Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern. Er hat die Kleinstadt als „Stadt der Vielfalt“ etabliert. Mithilfe von Kommunaler Konfliktberatung durch das forumZFD hat der 68-Jährige die Integration von Geflüchteten und Eingewanderten pragmatisch und effizient umgesetzt und sich damit in Ludwigslust viele Freund\*innen gemacht. Wir wollten von Reinhard Mach wissen, wie man den Rechtsruck wirksam bekämpft und den Menschen Lust auf Integration macht.**

**Herr Mach, seit Sie 2010 als Bürgermeister in Ludwigslust angetreten sind, ist vieles passiert. Welche Veränderungen haben Sie in dieser Zeit bei den Menschen in Ludwigslust festgestellt?**

Grundsätzlich haben sich die Sorgen und Nöte der Menschen nicht verändert. Im Osten Deutschlands hat es nach der Wende eine lange Zeit gegeben, die für die Menschen von großer Unsicherheit und Zukunftsängsten geprägt war. Es hat lange gedauert, bis sich das ein bisschen stabilisiert hat. Dann kam Corona und alles wurde runtergefahren. Seitdem haben wir jeden Montag eine Demo in Ludwigslust, wo die Leute gegen alles Mögliche demonstrieren: Inflation, Corona, Waffenexporte, die Politik der Bundesregierung. Bedauerlicherweise springen auf solche Situationen Rechtsextreme auf.

**Wie haben Sie sich dazu positioniert?**

Auf diesen Demos durfte zum Beispiel jemand sprechen, der bei der AfD rausgefliegen war, weil er denen zu rechts war. Ich habe abgelehnt, dort zu sprechen, solange das „offene Mikrofon“ dort solchen Leuten eine Plattform bietet.

**Wie sind Sie damit umgegangen, wenn Sie als Bürgermeister mit menschenfeindlichen Äußerungen konfrontiert wurden?**

Wenn Menschen offen nichts anderes kommunizieren als Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, kann man dem nicht mit Verständnis begegnen. Aber wenn mir zum Beispiel Eltern sagen, dass sie den Lernerfolg ihrer Kinder gefährdet sehen, weil zu viele Kinder unterschiedlicher

Nationalitäten in der Klasse sind und die Klassen größer werden und die Kompetenzen des Lehrpersonals dem nicht mehr gewachsen sind, dann muss man solche Sorgen ernst nehmen. Offen rassistisch und rechtsextremistisch ist man mir in Diskussionen nicht begegnet – auch weil ich meine Haltung dazu immer klar gemacht habe.

**Was kann die Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit tun?**

Die Zivilgesellschaft spielt eine große Rolle! Wir haben seit diesem Treffen in Potsdam regelmäßig Demonstrationen der Zivilgesellschaft, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus wenden. Ich bin in der Initiativgruppe und werbe immer dafür, dass wir nicht gegen etwas demonstrieren sollten, sondern dass



© Stadt Ludwigslust

*Reinhard Mach spricht auf der Demo „Lulu für Vielfalt und Demokratie“ in Ludwigslust.*

wir uns für Demokratie und für das Grundgesetz einsetzen sollten: für Menschenrechte, für Demonstrationenfreiheit, für Freiheit insgesamt.

**Was muss auf Bundesebene passieren, um dem Rechtsruck zu begegnen?**

Der ist ja in der Bevölkerung entstanden, weil die Kommunikation der Regierung so ist, wie sie ist. Da würde ich die CDU mit einbeziehen, die sich teilweise eines Vokabulars bedient, das ich grenzwertig finde. Damit der AfD Stimmen abzugeben, hat ja im Ergebnis nicht stattgefunden. Man muss Politik machen, die der sehr differenzierten Situation der Menschen gerecht wird.

**Was heißt das beim Thema Flucht und Migration konkret?**

Weniger Bürokratie, mehr Offenheit zur Lösung ganz individueller Situ-

*Reinhard Mach (l.) besuchte das Bunte Picknick der Stadt Ludwigslust.*



© Stadt Ludwigslust

ationen. Die Lösung scheidet ganz oft an irgendwelchen Absätzen in irgendwelchen Paragraphen. Der Bund ist in sich selbst gefangen, wenn es um solche Dinge geht. Zwischen den Grünen und der FDP gibt es – wie zu erwarten war – heftige Auseinandersetzungen. Da werden häufig extreme Positionen eingenommen, die von den Menschen natürlich auch wahrgenommen werden. Das verunsichert die Menschen und befeuert ihre Unzufriedenheit. Unzufriedene Menschen wählen gerne Protest und die Protestpartei ist inzwischen die AfD. Insofern braucht es schlicht eine klarere Kommunikation, weniger Bürokratie und mehr Unterstützung für das Bildungssystem.

**Sie haben sich seit 2015 in diesem Zusammenhang Unterstützung durch die Kommunale Konfliktberatung des forumZFD geholt. Wie hat Ihnen das geholfen?**

Frau Armbruster-Petersen (Konfliktberaterin des forumZFD, Anm. d. Red.) hat früh erkannt, dass wir neben einer Betrachtung der Metaebene auch ganz praktische Hilfe brauchen. Etwa dabei, die Ansprache von Geflüchteten zu organisieren und die Menschen zueinander zu führen. Oder dabei, Methoden für Workshops zu entwickeln, um die unterschiedlichen Sichtweisen zueinander zu bringen. Das hat uns sehr geholfen.

**Wie sah das in Ludwigslust aus?**

Mit Unterstützung des forumZFD haben wir zunächst ein Netzwerk geschaffen und unter Beteiligung der Kommunalpolitik einen Integrationsbeirat ins Leben gerufen. Dort sind etwa die Hälfte der Mitglieder Eingewanderte bzw. Geflüchtete. Jeweils ein Viertel der Mitglieder kommt aus der ehrenamtlichen Kommunalpolitik und aus den Reihen der haupt- und ehrenamtlichen Unterstützer von Integrationsarbeit. Wir haben eine Erklärung für Vielfalt, Toleranz, Akzeptanz, Gleichberechtigung

und Demokratie entwickelt. Diese wurde von unserer Stadtvertretung als Leitbild beschlossen. Die Stadt hat als Arbeitgeber Eingewanderte und Geflüchtete – unter anderem aus dem Iran, Syrien und Armenien – eingestellt und in die Teams unserer Beschäftigten integriert.

**Ihnen ist es offenbar gelungen, Menschen in Ludwigslust für Integration zu begeistern. Worauf kommt es dabei an?**

*Das muslimische Fastenbrechen ist in Ludwigslust Anlass für Festlichkeiten.*



© Antonie Armbruster-Petersen

Ich glaube: Man muss genau hinschauen, in welcher Situation sich welche Menschen befinden, um sich mit gemeinsamen Analysen Ziele zu setzen: Was wollen wir eigentlich erreichen? Wenn man das geschafft hat, kann man gemeinsam schauen: Auf welchem Wege können wir das tun? Es ist wichtig, sich Ziele zu setzen, die man wirklich erreichen kann, um Frustration zu vermeiden. Wenn man von Misserfolg zu Misserfolg schlittert, laufen einem die Leute weg. Wenn man Menschen begeistern will, mitzumachen, dann muss man Erfolg haben.

*Das Gespräch führten Piet van Riesenbeck und Gabriel Risse*

# Kriege treiben globale Militärausgaben in Rekordhöhe

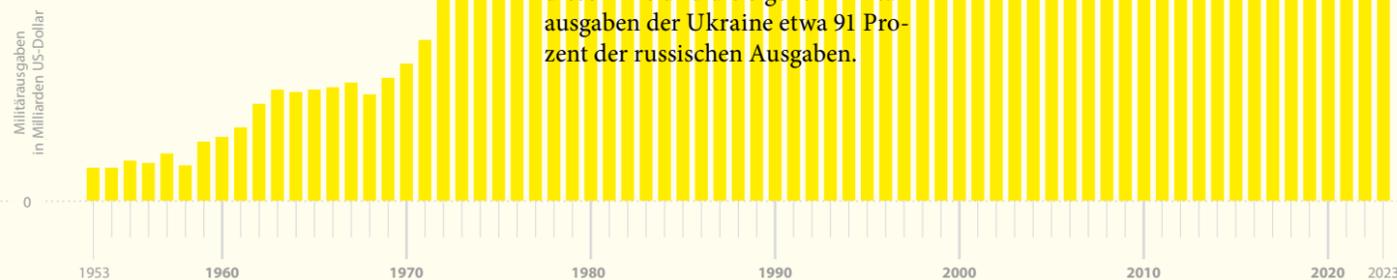
Die weltweiten Militärausgaben sind im Jahr 2023 um fast 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Sie erreichten damit im neunten Jahr in Folge ein Allzeithoch von nunmehr 2.443 Milliarden Dollar. Dies war der stärkste Anstieg gegenüber dem Vorjahr seit 2009. Die 10 größten Geldgeber im Jahr 2023 – angeführt von den Vereinigten Staaten, China und Russland – haben alle ihre Militärausgaben erhöht, so die neuen Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI zu den weltweiten Militärausgaben. In Europa, Asien und Ozeanien sowie im Nahen Osten wurden besonders hohe Zuwächse verzeichnet.

Die weltweit höchsten Militärausgaben haben weiterhin die USA: 916 Milliarden Dollar. 2023 lag Deutschland laut SIPRI auf Platz sieben. Wenn Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel der NATO wie geplant erreicht, würde es sogar auf Platz vier vorrücken – und hätte die mit Abstand größten Militärausgaben in West- und Mitteleuropa.

Im Jahr 2023 entfielen auf die 31 NATO-Mitglieder 1.341 Milliarden Dollar, was 55 Prozent der weltweiten Militärausgaben entspricht. Im Jahr 2023 haben die meisten europäischen NATO-Mitglieder ihre Militärausgaben erhöht. Unter den europäischen Ländern erhöhte Polen seine Militärausgaben am stärksten um ganze 75 Prozent auf 31,6 Milliarden Dollar und verfügt damit über den vierzehnthöchsten Etat der Welt.

Russlands Militärausgaben stiegen um 24 Prozent auf geschätzte 109 Milliarden Dollar im Jahr 2023, was einem Anstieg von 57 Prozent seit 2014 entspricht, dem Jahr, in dem Russland die Krim annektierte. Im Jahr 2023 machten Russlands Militärausgaben 16 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus. Die Ukraine steigerte ihre Militärausgaben im Jahr nach Russlands Angriff auf das gesamte Land um 51 Prozent auf 64,8 Milliarden. Das macht 58 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus. Die Ukraine erhielt zudem Militärhilfe in Höhe von mindestens 35 Mrd. USD, vor allem aus den USA. Zusammengefasst entsprachen diese Hilfe und die eigenen Militärausgaben der Ukraine etwa 91 Prozent der russischen Ausgaben.

Die geschätzten Militärausgaben im Nahen Osten stiegen um 9,0 Prozent auf 200 Milliarden Dollar im Jahr 2023. Dies ist die höchste jährliche Wachstumsrate in der Region, die in den letzten zehn Jahren verzeichnet wurde.



# Die Unterdrückung nimmt zu

## Atlas der Zivilgesellschaft 2024

Repressionen und Drohungen gegen zivilgesellschaftliche Gruppen stellen auch für viele Friedensorganisationen eine wachsende Herausforderung dar. Das Thema beschäftigt somit auch das forumZFD und viele seiner Partner. Der jährlich von „Brot für die Welt“ herausgegebene „Atlas der Zivilgesellschaft“ fasst Daten zusammen und stellt Trends zum Thema vor. Wir stellen die diesjährige Ausgabe vor.

Sich gegen soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Umweltzerstörung zu engagieren, wird in vielen Weltregionen zunehmend schwieriger. In sieben Staaten hat sich die Lage der Zivilgesellschaft 2024 im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert – in lediglich fünf Ländern verbessert.

6,8 Milliarden Menschen lebten 2023 in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist. Das sind rund 86 Prozent der Weltbevölkerung. In diesen Staaten beschneiden Regierungen Freiheitsrechte und drangsalieren, verhaften oder verfolgen Kritiker\*innen. Das trifft auf sechs von zehn Ländern zu.

Wie schwierig die Lage der Zivilgesellschaft ist, wie ihr Handlungsspielraum vielerorts immer enger wird, das zeigt der Atlas der Zivilgesellschaft 2024. Brot für die Welt hat ihn auf der Grundlage eigener Expertise, der Einschätzungen von Partnerorganisationen sowie mit Daten von CIVICUS aus dem Jahr 2023 erstellt.

Den Bericht können Sie hier als PDF herunterladen oder als Broschüre bestellen:



[www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft](http://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft)



Jährlich veröffentlicht CIVICUS einen Bericht, in den eigene Analysen einfließen sowie die Recherchen und Erfahrungen lokaler, nationaler und regionaler Nichtregierungsorganisationen und auch öffentlich zugängliche Berichte von mehr als 20 Partnerorganisationen.

### Die häufigsten Repressionen

Einschüchterung ist heute weltweit die Taktik Nummer eins, um Freiheiten der Bürger\*innen einzuschränken. Menschenrechtsverteidiger\*innen, Aktivist\*innen und Medienvertreter\*innen waren in mindestens 107 Ländern von solchen Einschüchterungen betroffen.

Andere Mechanismen der Repression sind Angriffe auf Demonstrierende, Menschenrechtsaktivist\*innen und Mitglieder der Presse, restriktive Gesetze, Störungen von Protestaktionen, Zensur und die – oft undurchsichtige – strafrechtliche Verfolgung dieser Gruppen.

Um gegen politisch Aktive und NGOs vorzugehen, nutzen Regierungen, Konzerne und Milizen zunehmend Gesetze, den Terrorismus-Vorwurf, das Internet, Zensur und oft auch Waffen. Damit versuchen sie, nicht nur Menschenrechtsverteidiger\*innen, sondern auch Medienschaffende zum Schweigen zu bringen.

# SCHULDLOS



Eine ältere Frau bietet auf einer Straße in Kiew Spielzeug zum Verkauf an. Es ist eine der wenigen Möglichkeiten für sie, etwas Geld zu verdienen. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich die Armut im Land mehr als verzehnfacht. Die Menschen leiden. Gleichzeitig werden viele von ihnen widerstandsfähiger und haben zu einem Alltag im Krieg gefunden. Wobei „Alltag“ und „Krieg“ wie Antonyme wirken, ein völlig bizarrer Gegensatz. Den Kindern mögen auch Spielzeuge dabei helfen, sich abzulenken und den Krieg zu überstehen. Und einige von ihnen dürfen sich hoffentlich über ein neues Spielzeug freuen, wenn sie an der älteren Frau vorbeikommen. ■

# Zwischen den Fronten

## Indigene in den Philippinen ringen um ihr Land und ihre Rechte

In den Philippinen bekämpfen sich die Regierung und die kommunistische „Neue Volksarmee“. In dem Konflikt, der bereits über fünf Jahrzehnte andauert, geraten Indigene immer wieder zwischen die Fronten. Eine, die dies am eigenen Leib erfahren hat, ist die 33-jährige Rico Pareja vom Volk der Manobo. Dies ist ihre Geschichte.

*Trügerische Idylle: Das Land der Manobo ist bekannt für seine reiche Flora und Fauna, doch der industrielle Rohstoffabbau und die bewaffneten Kämpfe bedrohen Mensch und Natur.*



*Die 33-jährige Rico Pareja setzt sich trotz aller Gefahren für die Rechte von Indigenen ein.*

„Unsere Ältesten sagen, es sei unser Todesurteil, wenn man uns unser angestammtes Land wegnimmt“, sagt Rico Pareja. Das Leben der 33-Jährigen ist eine emotionale Achterbahnfahrt, die jedes Fernsehrama in den Schatten stellt. Sie ist Lehrerin, transgender und Aktivistin für Gerechtigkeit und Frieden. Sie ist eine Vertriebene, ein Opfer von Gewalt. Aber sie ist auch eine Überlebende. Und nicht zuletzt gehört sie zum Stamm der Manobo in Surigao del Sur, einer der größten und vielfältigsten indigenen Gruppen in Mindanao.

Surigao del Sur liegt im östlichen Teil von Mindanao in den Philippinen. Die Provinz ist bekannt für ihr indigenes Erbe und den Reichtum ihrer Natur. Direkt am Pazifik gelegen finden sich hier wunderschöne Strände und ergiebige Fischgründe. Auch an Land sprüht die Flora und Fauna förmlich vor Artenreichtum, wengleich die Rohstoffindustrie mit ihrem Bergbau und Holzeinschlag tiefe Spuren hinterlassen haben.

### Ein Leben im Einklang mit der Natur

Wir treffen Rico Pareja in Surigao City, etwa fünf Stunden von dem Dorf entfernt, in dem sie aufgewachsen ist. Sie ist hierhergekommen, um an einem vom forumZFD organisierten Treffen mit Friedensaktivist\*innen und Vertretungen indigener Gemeinden teilzunehmen. Die kleine Gruppe trifft sich regelmäßig, um über das Konfliktgeschehen in der Region zu beraten und im Austausch zu bleiben. Pareja folgt aufmerksam dem Gespräch. Sie ist eine eher stille Zuhörerin. Aber wenn sie das Wort ergreift, hat sie die Aufmerksamkeit der ganzen Gruppe sicher. Ab und zu wirft sie auch eine launige Bemerkung ein und bringt damit die Anwesenden zum Lachen.

Es ist Abend geworden. Die Sonne geht gerade unter und wirft ein goldenes Licht über die Silhouette der Stadt. Pareja holt tief Luft und beginnt, eine Geschichte zu erzählen – die Geschichte ihres Lebens. „Ich beginne bei meiner Kindheit.“ Sie erinnert sich noch gut daran, wie sie in ihrer Familie und ihrer Gemeinde aufgewachsen ist. Es war ein traditionelles Umfeld, in dem sich alles um die Kultur und das Land drehte.

„Unsere Eltern haben uns beigebracht, gute und verantwortungsbewusste Mitglieder unserer Gemeinschaft zu sein. Sie lehrten uns, unser Land zu lieben und zu bestellen. Wir haben sie oft bei der Arbeit begleitet.“ Ein Leben eng verflochten mit der Natur. Es sei diese Arbeit auf den Feldern und im Wald, so Pareja, die es der Gemeinschaft ermögliche, ihre Kultur zu bewahren.

### Bildung bringt Hoffnung

Die indigenen Gemeinden in Surigao del Sur verbinden ihre Traditionen mit modernen Ansätzen. Eltern und Stammesälteste legen großen Wert auf eine gute Bildung ihrer Kinder. Kein leichtes Unterfangen, schließlich sind Schulen in vielen ländlichen Regionen schwer erreichbar. Es braucht buchstäblich die Unterstützung der ganzen Gemeinde, um den Traum von Bildung für indigene Kinder Wirklichkeit werden zu lassen. In Parejas Dorf legten sich die Gemeindevorstandenden zusammen mit privaten Einrichtungen mächtig ins Zeug. Mithilfe von Spenden konnten sie Klassenräume und Schlafsäle bauen, Lehrkräfte einstellen, Bücher und Schulmaterial kaufen. Für die Gemeinde, die von der Regierung kaum erreicht wird, war das neu errichtete Internat ein Hoffnungsschimmer. ▶

*In vielen ländlichen Regionen ist Bildung ein ferner Traum. Mithilfe von Spenden errichtete Parejas Gemeinde deshalb eine eigene Schule.*



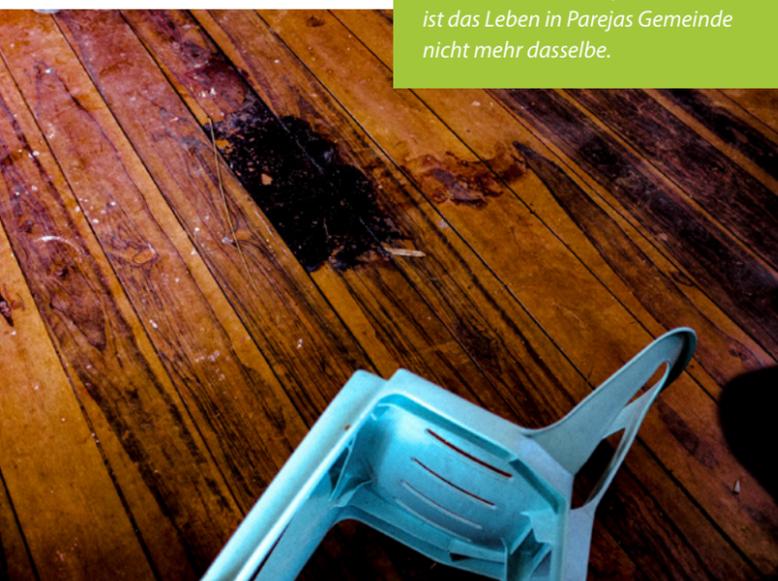
Schon in der Grundschule, erzählt Pareja, habe sie den Wert von Bildung schätzen gelernt. „Das war so wichtig für mich, weil ich die direkte Verbindung der Natur zu unserem täglichen Leben verstanden habe.“ Das Land Sorge für die Bedürfnisse der Menschen, die sich im Gegenzug um die Umwelt kümmern sollten, davon ist sie überzeugt. Dieses Verständnis habe ihr Leben geprägt.

### Indigene unter Druck

Und noch etwas ist ihr in der Schule erst richtig bewusst geworden: die Marginalisierung, der Indigene bis heute ausgesetzt sind. Denn in der philippinischen Gesellschaft begegnen ihnen viele Vorurteile. Sie werden oft als ungebildet und leichtgläubig dargestellt. Auf politischer Ebene sind ihre Interessen kaum vertreten. Unterdessen fällt ihr angestammtes Land industriellen Interessen zum Opfer, Bergbau, Holzeinschlag und Bananenplantagen breiten sich aus. Wer sich wehrt, dem drohen fingierte Anklagen oder sogar Mord. „Ich habe verstanden, dass es hier um Menschenrechte geht“, betont Pareja. „Als Indigene bin ich dafür verantwortlich, unsere Menschenrechte zu verteidigen.“

Mit starkem Rückhalt aus ihrem sozialen Umfeld gelang es ihr, zu studieren. Während ihres gesamten Studiums galt ihre ganze Energie einem einzigen Ziel: dem Schutz des Landes ihrer Vorfahren und der Natur. Nach ihrem Abschluss kehrte sie als Lehrerin in ihre Gemeinde zurück. Damit ging für sie ein Traum in Erfüllung: in ihrer Gemeinde zu leben und einen Beitrag für die Bildung der nächsten Generation zu leisten.

Der Angriff im September 2015 hinterließ schreckliche Spuren. Seitdem ist das Leben in Parejas Gemeinde nicht mehr dasselbe.



Doch das Glück währte nicht lange. Im Morgengrauen des 1. September 2015 wurden Pareja und die anderen Lehrkräfte von lauten Geräuschen geweckt. Es war der Beginn des schlimmsten Albtraums ihres Lebens. Bewaffnete Männer, angeführt von einer antikommunistischen paramilitärischen Gruppe, trieben das gesamte Dorf zusammen und setzten zu einer langen Ansprache an. Sie beschuldigten die Dorfbewohner\*innen und die Schule, kommunistische Aufständische in der Gegend zu unterstützen.

### Ganze Gemeinden unter Generalverdacht

Ein schwerwiegender Vorwurf. Denn seit Langem sind die Provinz Surigao und andere Gebiete in Mindanao Schauplatz bewaffneter Kämpfe zwischen der philippinischen Regierung und der kommunistischen „Neuen Volksarmee“. Bereits über fünf Jahrzehnte dauert der Konflikt an und immer wieder geraten Indigene dabei zwischen die Fronten. Ganze Gemeinden werden vertrieben und die Maßnahmen der Regierung im Kampf gegen die Neue Volksarmee haben dazu geführt, dass ganze Gebiete unter Generalverdacht gestellt werden. Oft kommt es zu Einschüchterungen und Menschenrechtsverletzungen unter dem Vorwand, den Aufstand niederzuschlagen.

Indigene sind von der Gewalt besonders betroffen, da die bewaffneten Zusammenstöße oftmals auf ihrem Land stattfinden und sie als Unterstützer\*innen der Aufständischen gebrandmarkt werden. In der Folge werden Menschenrechtsaktivist\*innen und Vertreter\*innen indigener Gemeinden ermordet, ohne Haftbefehl eingesperrt oder sie sehen sich erfundenen Anklagen ausgesetzt.

An diesem albatraumhaften Septembermorgen in Parejas Dorf wurde der Direktor der Schule, Emerito „Emok“ Samarca, gefesselt und mit aufgeschlitzter Kehle in dem Gebäude gefunden. Zwei der Gemeindevorsteher, Dionel Campos und sein Cousin Aurelio Sinzo, wurden vor den Augen des gesamten Dorfes erschossen. Campos war Vorsitzender einer indigenen Gruppe, die sich entschieden für den Schutz indigenen Landes und gegen Menschenrechtsverletzungen einsetzt.

### Schlagzeilen, aber kein Schutz

Der Vorfall sorgte für Schlagzeilen im ganzen Land und erregte auch international Aufsehen. Das Rampenlicht reichte jedoch nicht aus, um die Zivilbevölkerung vor weiteren Angriffen zu schützen. Es war erst der Anfang einer Reihe von Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen in Parejas Gemeinde und den umliegenden Orten. In der gesamten Region kam es zu Luftangriffen und Artilleriebeschuss. Lebensmittellieferungen wurden blockiert, Eigentum zerstört. Etliche Gemeindevorsteher\*innen wurden getötet oder inhaftiert. Einige tauchten ab,

um Anklagen zu entgehen. Andere wurden gezwungen, sich solchen Anklagen zu stellen und dann zu behaupten, sie würden den kommunistischen Aufstand unterstützen. Für die brutalen Angriffe wurde bis heute niemand zur Rechenschaft gezogen.

In Parejas Gemeinde ist das Leben seither nicht mehr dasselbe. Die Schule wurde für mehrere Jahre von der Regierung geschlossen. Die offizielle Erklärung lautete, es fehlten die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen. Erst seit 2022 ist sie wieder in Betrieb, allerdings nicht mehr unter der Eigenverwaltung der indigenen Gemeinde. Sie vermisse ihre alte Schule sehr, sagt Pareja, die aus Sicherheitsgründen heute nicht mehr in ihrem Dorf lebt. „Es ist extrem schwierig für unsere Gemeinde, sich von den Geschehnissen zu erholen“, berichtet sie. So fehle es bis heute an Grundversorgung zum Beispiel im Bereich Gesundheit.

Auch sie persönlich hatte Mühe, das Erlebte zu verarbeiten, erzählt Pareja. „Es war sehr traumatisch. Ich hatte Angst, andere Menschen zu sehen. Vor allem hatte ich Angst, Männer in Uniform zu sehen.“ Sie hat aufgehört, zu zählen, wie oft sie geweint hat.

### Räume für Austausch schaffen

Was ihr jedoch half, war, sich zu öffnen und mit Menschen, denen sie vertraut, über ihre Gefühle zu sprechen. Und aktiv zu werden: Mithilfe der katholischen Kirche begann sie, Kampagnen für die örtliche Diözese umzusetzen. Sie unterstützt indigene Jugendliche dabei, sich für eine bessere Repräsentation ihrer Interessen einzusetzen. Auch Geschlechtergerechtigkeit und die Rechte der LGBT-Community sind für Pareja ein Herzensanliegen.

Durch diese Arbeit lernte sie eine Gruppe lokaler Friedensaktivist\*innen kennen, die sich für Konflikttransformation in Mindanao einsetzen. Das forumZFD hat diese Gruppe ins Leben gerufen, um in dem von Polarisierung, Angst und Selbstzensur geprägten Umfeld einen Raum für Dialog und Austausch zu schaffen. Im Laufe der letzten fünf Jahre hat sich die Gruppe gefestigt und trifft sich regelmäßig. Sie reflektieren die Konflikte, denen ihre Gemeinden ausgesetzt sind, und suchen gemeinsam Wege, um damit umzugehen und Veränderungen zu bewirken.

„Ich schätze diese Räume für Dialog sehr. Meine Angst hat sich etwas gelegt, weil ich spüre, dass es hier eine Gemeinschaft von Menschen mit den gleichen Erfahrungen gibt“, sagt Pareja. Ihr größter Traum sei es, dass ihre Schule wieder den Betrieb aufnehmen könne, frei und ohne Angst.

Auf nationaler Ebene führen derzeit die Regierung und die kommunistische Bewegung inoffizielle Gespräche darüber, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Solche Verhandlungen sind eine zentrale Plattform,

um gewaltfreie Lösungen für den fünf Jahrzehnte währenden Konflikt zu finden, der Tausende Menschenleben gefordert hat. In der Öffentlichkeit gehen die Meinungen allerdings auseinander, da der bisherige Friedensprozess immer wieder unterbrochen war.

### Rico Pareja hat eine klare Botschaft

Rico Pareja ist jedoch optimistisch und hofft darauf, dass die Verhandlungen Erfolg haben und die strukturellen, politischen und kulturellen Ursachen des Konflikts angegangen werden. „Ich war begeistert, als ich davon gehört habe“, sagt sie. „Ich träume davon, dass der Konflikt friedlich gelöst wird.“

Der Konflikt hat ihr und ihrer Gemeinschaft so viel genommen. Worte können ihren Schmerz und ihre Angst nur unzureichend beschreiben. Aber trotz allem, sagt sie, werde sie ihr Bestes tun, um Räume für Dialog zu schaffen und zum Erfolg des Friedensprozesses beizutragen. Für alle, die an den Verhandlungen beteiligt sind, hat sie eine klare Botschaft: Ein echter Frieden könne nicht erreicht werden, wenn die Träume der Indigenen, insbesondere der Schutz ihres angestammten Landes und ihrer Kultur, nicht verwirklicht werden. ■

„Ich träume davon, dass der Konflikt friedlich gelöst wird“, sagt Rico Pareja.



**Shai Hoffmann** (l.) ist Aktivist und Sozialunternehmer. Der Sohn israelischer Eltern lebt in Berlin und hat zahlreiche Projekte initiiert wie den DemokratieBus, das TinyHouse-Grundgesetz und die „Bildungsvideos Israel-Palästina“ sowie den Podcast „Über Israel und Palästina sprechen“.

# „Das Leid ist gleichzeitig da“

## Ein jüdisch-palästinensisches Duo bringt Israel und Palästina in die Klassenzimmer

**Seit dem 7. Oktober sind Shai Hoffmann und Jouanna Hassoun in ganz Deutschland unterwegs. An Schulen zeigen sie die Komplexität des Nahostkonflikts auf und werben für Empathie. Ein Gespräch darüber, wie der Krieg im Klassenzimmer besprechbar wird und was sie sich vom deutschen Diskurs wünschen.**

**Ihr Bildungsprojekt ist bereits 2019 gestartet. Wie ist die Idee entstanden?**

**Shai Hoffmann:** Ich hatte vorher schon einmal Videotagebücher in Israel gedreht, in denen es aber eher um Eindrücke aus dem Alltag ging. Anschließend habe ich ein Konzept für Bildungsmaterialien geschrieben, die jüdische, israelische, palästinensische und muslimische Perspektiven aufzeigen. Leider habe ich nirgendwo Fördermittel bekommen. Alle hatten Bedenken oder haben keine Notwendigkeit dafür gesehen. Das hat mich richtig sauer gemacht! Schließlich bin ich auf Jouanna und ihren Verein „Transaidency“ zugegangen und gemeinsam haben wir die ersten Videos produziert, unter ganz prekären Verhältnissen, mit sehr wenig Geld und viel Selbstaubeutung. Die Materialien waren seit Ende 2021 auf unserer Webseite verfügbar und zuerst hat sich niemand dafür interessiert. Dann kam der 7. Oktober 2023. Seitdem wurde unser Bildungsmaterial tausendfach abgerufen und es erreichen uns wahnsinnig viele Anfragen – fast schon Hilferufe – von Schulen. Traurigerweise musste

**Jouanna Hassoun** (r.) ist mit sechs Jahren als Tochter palästinensischer Geflüchteter aus dem Libanon nach Deutschland geflohen. Sie ist Geschäftsführerin von Transaidency und seit über 15 Jahren in der politischen Bildung tätig, unter anderem zum Nahostkonflikt.

es offenbar erst vor Ort eskalieren, damit wir hier mit unseren Botschaften durchkommen. Auf den 7. Oktober 2023 und den Krieg in Gaza hätte ich lieber verzichtet.

**Wie erleben Sie aktuell die Stimmung an den Schulen?**

**Jouanna Hassoun:** Das Thema war schon immer emotional, aber nach dem 7. Oktober sind die Gefühle hochgekocht. Solange der Krieg anhält, wird sich das auch nicht ändern. Machen wir uns nichts vor: Die Situation in Gaza ist einfach unmenschlich. Ich finde selbst keine Worte mehr dafür. Über diese Bilder rückt das Massaker der Hamas, das ja der Auslöser für den jetzigen Krieg war, für die Jugendlichen in sehr weite Ferne. Nur bei ganz wenigen ist das noch präsent. Und ständig wird verglichen: Welches Leid wiegt mehr? Dabei ist das Leid doch gleichzeitig da. Sowohl palästinensische als auch israelische Familien bangen und trauern. In unseren Gesprächen an Schulen machen wir beide Lebensrealitäten sichtbar, ohne der einen oder der anderen Seite ihr Leid abzusprechen. Das ist die größte Herausforderung, egal ob für Jugendliche oder für Erwachsene. Die wenigsten können diese Gleichzeitigkeit aushalten.

**Was empfehlen Sie Lehrkräften, die Bedenken haben, das Thema im Unterricht aufzugreifen?**

**Hoffmann:** Es ist wichtig, sich der eigenen Haltung zu diesem Krieg und zu den damit verbundenen Konflikten auch in unserer Gesellschaft bewusst zu sein. Dazu gehört, sich zu fragen, mit welcher Perspektive, mit welchen Bezügen ich eigentlich darüber spreche. Habe ich vielleicht eine NS-Familiengeschichte? Was macht das mit meiner Ansicht über Israel, über jüdisches Leben, über palästinensisches Leben? Diese Reflexionsübungen sind ganz wichtig. Und man sollte sich natürlich auch thematisch gut weiterbilden.

**Kommt es denn vor allem auf Fakten an?**

**Hassoun:** Fakten sind wichtig, aber damit allein kommen wir nicht weiter. Wir erklären den Schüler\*innen nicht den kompletten historischen Konflikt – das ist in anderthalb Stunden gar nicht möglich. Stattdessen stellen wir die Frage: Mit welcher Brille und welchen Gefühlen blicke ich darauf? Wir schaffen einen Raum – wir nennen das „braver space“, also „mutiger Raum“ –, in dem erst einmal alles gesagt werden darf, was auf der Seele liegt. Anschließend greifen wir das auf, ohne einzelne Personen an den Pranger zu stellen. Das heißt aber nicht, dass wir keine Fakten nennen. Wenn Fake News geäußert werden oder menschenverachtende Aussagen fallen, dann zeigen wir Haltung. Wir ordnen ein, wir klären auf.

**Welche Erfolgsmomente erleben Sie in Ihrer Arbeit?**

**Hoffmann:** Vor Kurzem hat ein Junge gesagt: Als er gehört habe, dass wir beide an die Schule kommen, habe er erwartet, dass wir uns nur streiten würden. Und er sei dann positiv überrascht gewesen, dass wir ganz normal miteinander gesprochen haben. Wenn man das hört, dämmert einem, was die Jugendlichen in sozialen Medien und anderswo für ein Bild bekommen. Dort wird ihnen vermittelt, dass jüdische und palästinensische Menschen einander hassen. Uns beide gemeinsam zu sehen, war für ihn ein echtes Aha-Erlebnis.

**Was unterscheidet den deutschen Diskurs von anderen Ländern?**

**Hassoun:** Wir haben es hier mit vielen unterschiedlichen Identitäten zu tun. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft steht aufgrund der Geschichte in der Verantwortung gegenüber jüdischen Menschen und gegenüber Israel. Das steht vermeintlich in Konkurrenz zur

palästinensischen Identität, da viele Palästinenser\*innen aufgrund des Holocausts und der daraus folgenden Staatsgründung Israels fliehen mussten oder vertrieben wurden. Beides zusammenzudenken, fällt vielen in Deutschland schwer.

**Hoffmann:** Hinzu kommt die Frage der Diskurshoheiten. Geschichtlich gewachsen gibt es in Deutschland zum Beispiel kein palästinensisches Pendant zum Zentralrat der Juden. Jüdische Menschen in Deutschland fühlen sich aufgrund des steigenden Antisemitismus bedroht. Gleichzeitig merken wir während dieser ganzen Rangelei um Diskurshoheiten, dass leider auch in die Schmutzkiste gegriffen und Antisemitismus mit Rassismus bekämpft wird. An manchen Tweets oder Reden im Bundestag merkt man: Da wurden rassistische Stereotype übernommen. Zum Beispiel wenn suggeriert wird, junge muslimische Männer seien generell antisemitisch. Solche Pauschalisierungen sind beängstigend.

**Was braucht es für einen friedlicheren Diskurs in Deutschland?**

**Hassoun:** Empathie! Ich würde mir eine differenzierte Debatte wünschen, die weniger ideologisch ist und in der es stattdessen gelingt, für beide Seiten Mitgefühl zu empfinden. Und es ist wichtig, den direkt Betroffenen mehr Raum zu geben.

**Hoffmann:** Ja, Zuhören und Besonnenheit sind wichtig – und nicht auf diese Empörungswellen aufspringen. Dieser Krieg ist kein Fußballspiel, wo man sich unbedingt auf eine Seite schlagen muss. Stattdessen ist es wichtig, Dinge zu hinterfragen und wachsam zu bleiben. Wir sollten uns hinter alle stellen, die auch hier bei uns wegen des aktuellen Krieges bedroht werden.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Das Gespräch führte Hannah Sanders. ■

**Kriege, Klimawandel, gesellschaftliche Spaltung – viele Menschen empfinden die Geschehnisse in Deutschland, Europa und der Welt derzeit als besonders herausfordernd, wenn nicht gar beängstigend.**

**Es gibt viel zu tun, für die Politik und für die Zivilgesellschaft. Was bereits gelungen und was im Wachsen ist – im Großen und im Kleinen, im forumZFD und anderswo –, darüber wollen wir auf dieser Doppelseite berichten.**

# WAS UNS **Hoffnung** MACHT

EU

## EUROPÄISCHES LIEFERKETTENGESETZ BESCHLOSSEN

Selten war ein europäisches Gesetz so umkämpft wie das EU-Lieferkettengesetz. Am 24. April wurde es jedoch, nach einigen Abschwächungen, endlich durch die Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments angenommen. Es gilt für Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 150 Millionen Euro. Diese Unternehmen müssen nun künftig europaweit dokumentieren, dass von ihnen importierte Produkte aus Drittländern dort nicht zu Kinderarbeit oder Umweltschäden führen. Die noch fehlende Zustimmung der EU-Staaten gilt als Formsache. In Deutschland ist bereits ein Lieferkettengesetz in Kraft. Die neuen EU-Regelungen werden, trotz der Abschwächungen, über dieses nationale Gesetz hinausgehen.

EUROPA

## KLIMASCHUTZ IST MENSCHENRECHT

Der Verein Klimaseniorinnen aus der Schweiz hatte Klage eingereicht: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sollte darüber entscheiden, ob die Schweiz mit ihrer Klimapolitik gegen die Menschenrechtskonvention verstößt. Die Seniorinnen hatten argumentiert, dass die häufigeren und intensiveren Hitzewellen ihr Risiko erheblich steigerten, frühzeitig krank zu werden oder zu sterben. Und tatsächlich: Die Richter\*innen gaben den Klägerinnen recht. Das Klimaurteil vom 09. April gilt als historisch. Zukünftig könnte es weitere erfolgreiche Klagen geben, wenn Regierungen nicht genügend gegen die Erderwärmung unternehmen.



© Womenforwiki (wfw), CC BY-SA 4.0

PARIS

## MEHR RAD ALS AUTO

Während in Deutschland über E-Fuels und Tempolimit diskutiert wird, zeigen unsere französischen Nachbar\*innen, wie die Verkehrswende anders und schneller gehen kann. Vor allem in Paris haben sie viele neue Fahrradwege angelegt und Parkgebühren für Autos erhöht. Ausgewertete GPS-Daten bestätigen nun: In der französischen Hauptstadt wird jeder zehnte Weg mittlerweile auf dem Fahrrad zurückgelegt. Während der morgendlichen Rush Hour ist es sogar jeder fünfte. Noch beeindruckender: Das sind mehr als doppelt so viele Fahrten auf dem Fahrrad wie im Auto.



© Stan Madore, Pixabay

ÖSTERREICH

## „GUTER RAT“ FÜR GERECHTERE VERTEILUNG FÜR VERMÖGEN

Marlene Engelhorn, Nachfahrin des BASF-Gründers Friedrich Engelhorn, setzt sich seit vielen Jahren öffentlichkeitswirksam für eine höhere Besteuerung finanziell sehr wohlhabender Menschen ein. Nun will sie 25 Millionen Euro aus ihrem ererbten Vermögen an die Gesellschaft zurückgeben. Anfang des Jahres schrieb sie dazu einen Brief an mehrere Tausend Einwohner\*innen in ihrer Heimat Österreich. Ein Wissenschaftsteam hat aus denjenigen, die auf den Brief reagierten, einen 50-köpfigen „Guten Rat“ gebildet, der die Gesellschaft möglichst gut abbilden soll. Bis Juni soll der „Gute Rat“ darüber entscheiden, welche Projekte mit den 25 Millionen Euro unterstützt werden sollen. Die Vorschläge müssen sich im Rahmen der demokratischen Verfassung und Menschenrechte bewegen und sie dürfen nicht profitorientiert sein.



© Jani Zapner/republica, CC BY-SA 2.0

BRASILIEN

## ABHOLZUNG DES AMAZONAS-REGENWALDES 2023 HALBIERT

Der Amazonas-Regenwald umfasst mehr als die Hälfte des weltweit verbliebenen tropischen Regenwaldes. Er bindet zwölf Prozent des Süßwassers der Erde und bietet zehn Prozent aller auf der Welt lebenden Arten eine Heimat, Tieren wie auch Menschen. Es ist klar: Der Amazonas spielt eine Schlüsselrolle für das Weltklima. Das macht es umso tragischer, dass jede Minute eine Fläche von ca. 2,5 Fußballfeldern Regenwald, durch meist illegale Abholzung, verloren geht. Doch nun gibt es gute Nachrichten! Die Abholzung des Amazonas ist 2023 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Das zeigen vorläufige Satellitendaten der brasilianischen Weltraumforschungsagentur INPE. Das entspricht zwar immer noch der 6-fachen Fläche New Yorks, ist aber ein großer Schritt hin zum Ziel der „Null-Abholzung“ im Jahr 2030.



© Hans Schwarzkopf, Pixabay

KROATIEN

## FEMIZID ALS STRAFTATBESTAND ANERKANNT

Im vergangenen Jahr wurden in Europa 2.300 Frauen von ihren Partnern oder Familienmitgliedern getötet. In Kroatien ist diese geschlechtsbezogene Tötung nun ein eigenständiger Straftatbestand. Im März stimmte das Parlament für eine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuchs. Wer des Femizids für schuldig befunden wird, muss künftig mit einer Haftstrafe zwischen zehn und 40 Jahren rechnen. Kroatien ist nach Malta und Zypern das dritte Land der Europäischen Union, das Femizid als Straftatbestand anerkennt.



© Elvert Barnes, CC BY-SA 2.0



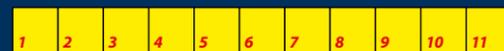
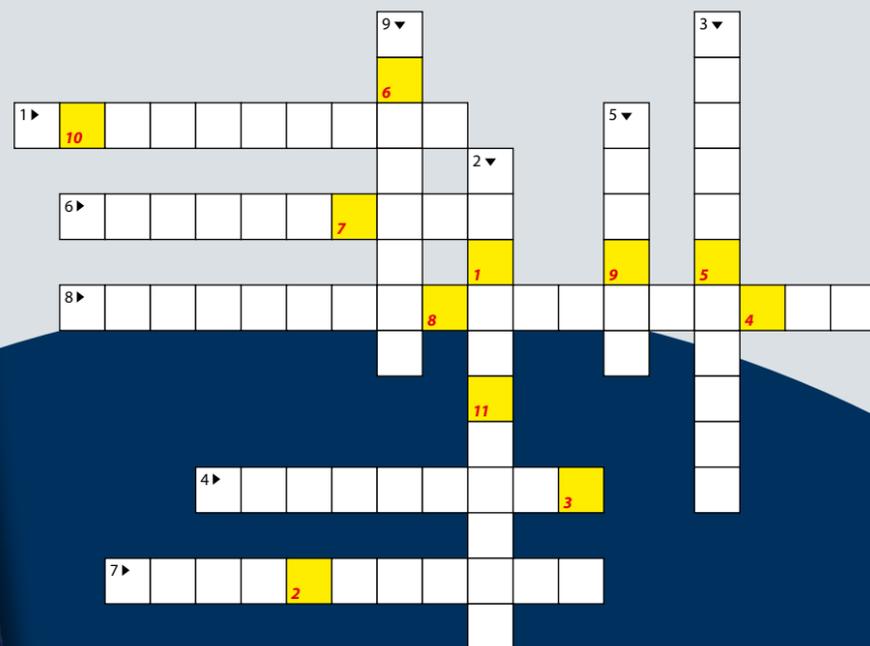
© Thomas G. Pixabay

# Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie das Lösungswort des Rätsels  
per E-Mail an: [kontakt@forumZFD.de](mailto:kontakt@forumZFD.de) oder  
postalisch an: Forum Ziviler Friedensdienst e. V.,  
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln.

Sie nehmen dann automatisch an der Verlosung teil.  
Einsendeschluss ist der 23. Juni 2024. Die drei Gewinner\*innen  
erhalten je einen Stoffbeutel „Frieden im Gepäck“.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



## Die Rätselfragen:

- 1 Ursula von der Leyen ist Präsidentin der Europäischen ...?
- 2 Wie nannte Olaf Scholz die Zeit der Krisen und Umbrüche, die auch das EU-Parlament maßgeblich beeinflusst hat?
- 3 Reinhard Mach ist Bürgermeister welcher Stadt?
- 4 Vom 6. bis 9. Juni 2024 wählen die Europäer\*innen ein neues ...?
- 5 Das traditionelle Gericht Samlor Kor Ko aus Kambodscha war das Lieblingsgericht des ...?
- 6 Reinhard Mach fordert im Kampf gegen den Rechtsruck beim Thema Migration weniger ...?
- 7 2023 halbierte sich die Abholzung des ...?
- 8 Wie heißt das Gesetz, das die EU kürzlich verabschiedete und das für die Einhaltung der Menschenrechte im globalen Handel sorgen soll?
- 9 Welches Land erkennt den Femizid nun auch als eigenständigen Strafbestand an?

Lösungshinweis: Umlaute brauchen nur ein Kästchen.

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 24.06.2024 unter:

[www.forumZFD.de/raetsel](http://www.forumZFD.de/raetsel)



## Samlor des Königs Kor Ko

Das Lieblingsgericht  
des Königs



### Zutaten:

Gemüse je nach Belieben, z. B.:

- Auberginen
- junge, grüne Papaya
- junge, grüne Bananen
- junge, grüne Jackfruits
- grüne Bohnen
- Kürbis

Fleisch ist optional, es passen z. B.  
Huhn oder Fisch.

### Weitere Zutaten:

- Reis
- Salz
- Knoblauch
- Zitronengras
- Chili-Schoten
- Chinesischer Ingwer (oder Ingwer)
- Safran
- Prahok (fermentierte Fischpaste, z. B. im Asia-Markt erhältlich)
- Kaffernlimettenblätter (oder Limettensaft/-abrieb)

### Zubereitung:

Hinweis: Die Auswahl und Menge des Gemüses kann nach Belieben variiert werden. Generell gilt: Es gibt nicht zu viel Gemüse! Manche fügen weitere Zutaten wie Kokosnussblüten, Palmenfrüchte oder Blätter des Meerrettichbaums hinzu. Diese sind in Deutschland aber höchstens in Fachgeschäften erhältlich.

Zunächst das Gemüse und ggf. das Fleisch klein schneiden. Anschließend den ungekochten Reis in einer Pfanne kurz anbraten und dabei gelegentlich umrühren. Knoblauch, Zitronengras, Chili-Schoten und Ingwer fein hacken und kurz mitbraten. Reismischung in einen großen Topf füllen, Wasser hinzufügen und salzen. Safran, Prahok, Kaffernlimettenblätter und ggf. Fleisch hinzufügen. Bei mittlerer Hitze köcheln lassen, bis Reis und Fleisch gar sind. Das Gemüse erst kurz vor Ende der Garzeit hinzugeben, damit es nicht zerkoht wird. Die Zubereitungszeit hängt stark von der Menge und Auswahl der Zutaten ab – manche Kambodschaner\*innen lassen den Eintopf über mehrere Stunden kochen!

Bild Kambodscha: © The\_Sifth

Dieser bunte Eintopf ist ein typisch kambodschanisches Gericht und vielleicht sogar die Liebesspeise eines Khmer-Königs. Der Sage nach verließ sich der König auf der Jagd tief im Wald. Nach langer Wanderung fand er eine einfache Holzhütte. Dort lebte ein altes Ehepaar, das dem hungrigen Regenten die köstliche Speise mit Zutaten aus ihrem Garten auftrichtete. Zurück im Palast vermisste der König das Gericht so sehr, dass er die beiden bat, seinem royalen Küchenpersonal die Zubereitung zu erklären. Der

König selbst soll dem Eintopf seinen Namen gegeben haben:

„Samlor Kor Ko“, was so viel bedeutet wie „Schmorgericht mit ungekochtem Reis“. Heute wird es auf unterschiedlichste Weisen zubereitet. Wir stellen Ihnen eine Variante unseres Kollegen Jolie Heng aus unserem Büro in Phnom Penh vor.



# 1 Million Euro für den Frieden

Vor rund vier Jahren hatte sich die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst ein besonderes Ziel gesetzt: „Im Dezember 2024 feiert die Stiftung ihren 10. Geburtstag. Bis dahin möchten wir das aktuelle Stiftungsvermögen auf eine Million Euro verdoppeln. Dann können wir unseren jährlichen Förderbeitrag für die Friedensarbeit des Vereins forumZFD auf rund 30.000 Euro erhöhen.“ So hatte es Neithard Petry, Schatzmeister der Stiftung, damals formuliert.

Und tatsächlich: **Das Stiftungskapital beläuft sich mittlerweile auf 821.000 Euro. Es fehlen also „nur“ noch 179.000 Euro. Mit Ihrer Hilfe wollen wir nun das große Ziel erreichen: 1 Million Euro für den Frieden!**



Wir freuen uns sehr, wenn Sie einen Betrag ab 5.000 Euro dauerhaft für den Frieden einsetzen! Ihre Zustiftung erhöht das Stiftungskapital, das unangetastet bleibt. Nur die Erträge daraus fließen zuverlässig und kontinuierlich in die Friedensarbeit des forumZFD. Einen angenehmen Nebeneffekt hat Ihre Zustiftung auch: Bis zu 1 Mio. Euro, verteilt auf zehn Jahre, können Sie steuerlich absetzen.

# Ihre Spendenaktion für den Frieden

Sie möchten unsere Friedensarbeit stärken, am liebsten gemeinsam mit Ihren Lieblingsmenschen und Angehörigen? Sie haben etwas zu feiern, laufen demnächst einen Marathon oder haben eine andere tolle Idee?

Auf unserer Website können Sie in wenigen Schritten Ihre eigene Online-Spendenaktion starten:  
[www.forumZFD.de/spendenaktion](http://www.forumZFD.de/spendenaktion)



- ➔ **Spenden lassen sich schnell und unkompliziert tätigen.**
- ➔ **Das gesetzte Spendenziel weckt bei Familie und Bekannten einen sportlichen Ehrgeiz, sich am Erreichen des Ziels zu beteiligen.**
- ➔ **Die Aktion lässt sich ganz einfach per E-Mail, WhatsApp oder Facebook teilen.**
- ➔ **Wer möchte, erhält eine Zuwendungsbescheinigung.**

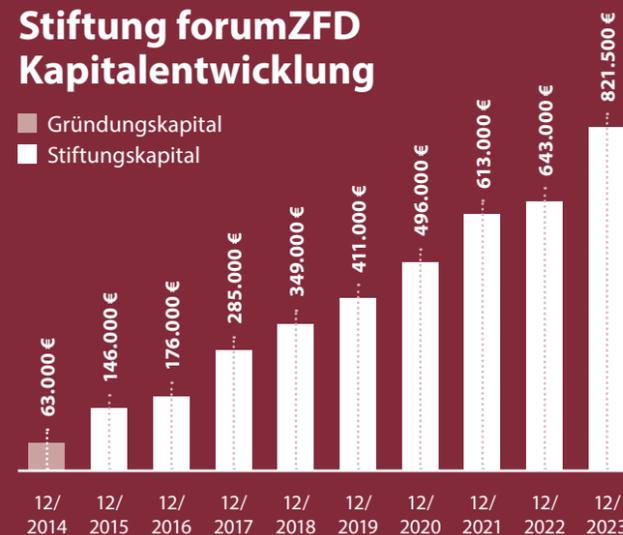
## Konto für Zustiftungen

GLS-Gemeinschaftsbank  
IBAN DE89 4306 0967 1062 9128 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

## Stiftung forumZFD Kapitalentwicklung

■ Gründungskapital  
■ Stiftungskapital



## So können Sie das forumZFD unterstützen:

### Regelmäßig spenden

Frieden braucht kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege. Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) leisten Sie dazu einen entscheidenden Beitrag.

### Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder, die mit uns gemeinsam das forumZFD und seine Arbeit stärken und weiterentwickeln. Der Beitrag liegt bei 180 Euro im Jahr (ermäßigt 90 Euro).

### Spenden oder Stiften im großen Stil

Sie möchten einen größeren Betrag für den Frieden einsetzen? Gerne besprechen wir mit Ihnen, wie Sie dies besonders wirkungsvoll tun können.

### Spenden statt Geschenke

Freudige, aber auch traurige Anlässe wecken häufig den Wunsch, im Familien- und Freundeskreis um Spenden für ein Herzensanliegen zu bitten. Wir unterstützen Sie gerne bei der Umsetzung.

### Wir beraten Sie gerne

Bei Fragen rund um das Thema Spenden und Mitgliedschaft hilft Ihnen unsere Referentin für Spendenkommunikation weiter:

### Petra Gramer

E-Mail: [gramer@forumZFD.de](mailto:gramer@forumZFD.de)  
Telefon: 0221 – 91 27 32-32



„Ich habe das Online-Tool bereits zweimal für Spendenaktionen genutzt – zuletzt anlässlich meines Geburtstages. Es macht Spaß zu sehen, wie sich der Spendenstand entwickelt. Besonders schön ist es, wenn man selbst zusätzlich motivieren kann. Bei meiner ersten Aktion habe ich für jede Spende einen Tipp gepostet, wie ich im Alltag Müll und Verschwendung vermeide. Frieden stark machen – auch durch Nachhaltigkeit.“

Sylvia Leding,  
Personalleiterin beim  
forumZFD



Wir sind auch bei [betterplace.org](https://www.betterplace.org)

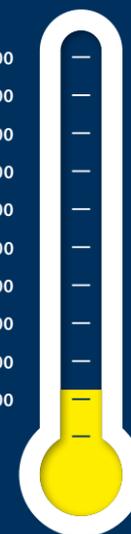
Wer möchte, kann unsere Friedensarbeit auch dort mit einer eigenen Spendenaktion unterstützen. Einfach bei Stichwort „forumZFD“ eingeben.



## forumZFD Spendenbarometer

Zielsetzung 2024: 915.000 €  
Stand 31.03.2024: 113.000 €

1.000  
900  
800  
700  
600  
500  
400  
300  
200  
100



Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:  
[www.forumZFD.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft](http://www.forumZFD.de/initiative-transparente-zivilgesellschaft)



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

## Spendenkonto forumZFD e. V.

GLS-Gemeinschaftsbank  
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

*„Die höchste Aufgabe des Menschen ist zu wissen,  
was einer sein muss, um ein Mensch zu sein.“*

Immanuel Kant (1724–1804), deutscher Philosoph, zugeschrieben



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

## Entschieden für Frieden

**forumZFD**  
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.  
Am Kölner Brett 8  
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0  
Fax 0221 – 91 27 32-99  
E-Mail [kontakt@forumZFD.de](mailto:kontakt@forumZFD.de)  
[www.forumZFD.de](http://www.forumZFD.de)

Spendenkonto:  
GLS Gemeinschaftsbank  
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00  
BIC GENODEM1GLS